

Stellungnahme zu:

Negative Leitzinsen – das Udenkbare denken

von Hans Christian Müller

(WWW.Handelsblatt.com / 18.05.2009 / Geldpolitik und Finanzkrise)

von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

1. Juli 2009

Text 73

Anhang 1: Silvio Gesell zur Weltwährung

Auszug aus:

Der Weltwährungsgedanke

Eine historisch-kritische Untersuchung

Von Dr. Wilhelm Trimborn

Anhang 2: Leserzuschrift zu:

Es werde Geld – es werde Krise von Norbert Häring, Handelsblatt

000000

H.Chr. Müller leitet sein Thema wie folgt ein:

Tiefer als null, sind Ökonomen überzeugt, können Leitzinsen nicht fallen. Prominente Forscher stellen dieses Dogma jetzt Frage. Negative Leitzinsen seien sehr wohl möglich, betont Harvard-Professor Greg Mankiw. Die konkreten Vorschläge wirken auf auf den ersten Blick bizarr. Sie würden die Mechanismen der Bankenwelt komplett verändern.

Dieses Thema wird und wurde nicht nur im Handelsblatt bearbeitet, sondern in einer Reihe von Medien. Der Ausbruch renommierter Ökonomen aus alten, untauglichen Denkschablonen ist im Hinblick auf die katastrophale Lage der Weltökonomie – die ihre Ursache in dem haben, was über Jahrzehnte in den Hörsälen für Ökonomie gelehrt wurde – mehr als notwendig.

Anders als Michael Miersch, der sich in der „Welt Online“ am 28. Juni über den Kapitalismus

ausläßt (und diesen nicht von der Marktwirtschaft unterscheiden kann), weiß der Autor Müller offensichtlich worüber er schreibt. Die Redaktionen der Print- und Funk-Medien sollten sich darauf einstellen, daß die aktuellen ökonomischen Schwierigkeiten uns dazu zwingen, das Thema zu vertiefen und eine Diskussion nachzuholen, die bisher von der Arroganz der ökonomischen Lehrstuhlinhaber (die als Beamte kein Risiko für das tragen, was sie den Menschen antun) und von der Blindheit oder dem Kuschen in den Wirtschaftsredaktionen über 100 Jahre verhindert wurde.

Hans Bremer – mit Wohnsitz in den USA und Deutschland – schreibt in einer der ältesten Nonprofit-Zeitschriften „Das Gespräch aus der Ferne“, Heft Nr. 388, in seinem Beitrag „Die Krise und die Qual der Wahl“ in dem er auf die Kritik us-amerikanischer Ökonomen und Medien an die deutsche Wirtschaftspolitik eingeht: „Die wirtschaftliche Krise offenbart jedoch ein Defizit an ausgebildeten Ökonomen in Deutschland, die ihre US-Gegenspieler aufs Korn nehmen und die Versuche Berlins zu verteidigen, Europas schlimmste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg zu bekämpfen.“ (S.33) Ich will mich gar nicht hinter das Argument von der Verteidigungswürdigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik stellen. Ich will nur Fragen: Wo sollen diese „ausgebildeten Ökonomen“ herkommen, wenn in Forschung und Lehre die seit Jahrhunderten problematischen Felder um Geld und Boden ausgeblendet werden?

In der ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN, der Ausgabe vom 15. März 1980 schrieb unter dem Titel „IN MEMORIAM Silvio Gesell“ der verstorbene Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, über Silvio Gesell, dessen Denkansatz jetzt von Professor Greg Mankiw u.a. entdeckt wurde:

„Bei Irvin Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehntelang Wissenschaft wie Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfasserverbindende Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich.“

Und nun müssen sich deutsche Ökonomen, mit Gedanken auseinandersetzen, die sie Jahr-

zehnte verspottet, verdrängt und tabuisiert haben. Zur Ehrenrettung der deutschen Ökonomen sei gesagt, das es immer Ausnahmen gab (und die hier kritisierten in der Regel angenehme und kluge Menschen waren und sind). In der Weimarer Republik waren es Prof. Dr. Albert Hahn und Prof. Gustav Cassel die die Vertreter der von Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule im (verloren) Kampf gegen den Deflationswahnsinn zur Seite standen. Und wenn Gesell das Werk „Föderalismus – Die demokratische Alternative, eine Untersuchung zu P.-J. Proudhons sozial-republikanisch-föderativen Freiheitsbegriff“ von Karl Hahn (ebenfalls Professor) hätte lesen können, hätte er wohl zustimmend genickt.

Aber nun zur Sache selbst: Das Thema – eine theoretische Ungeheuerlichkeit – berührt die Währungspolitik (und damit die Forderung nach der Preisniveaustabilität), die Konjunkturpolitik (und damit die Forderung nach Abbau der Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigung) und die Einkommens- und Verteilungspolitik (und damit die Frage, ob die Konzentrationsprozesse mit dem Abbau des Wettbewerbes unvermeidbar sind und der Zins in seiner Funktion als Ausbeutungsrate – Dieter Suhr sprach von dem Mehrwert des Geldes - für die Zerstörung der Marktwirtschaft die Ursache ist). Die Zusammenhänge lassen sich ja gar nicht in einer kurzen Stellungnahme darstellen. Ich will ja nur andeuten, daß das Thema, was in die Debatte geworfen wurde, ein gesamtökonomisches ist. Und zu recht wird darauf hingewiesen, daß die ökonomische Krise keine einmalige Erscheinung ist, sondern, daß die ganze menschliche Geschichte eine Geschichte der ökonomischen Krisen ist. Auch Silvio Gesell, der Begründer der Freiwirtschaftsschule (Hauptwerk: „Die Natürliche Wirtschaftsordnung) hat als Kaufmann ökonomische Krisen erfahren. Von seinen konkreten Erfahrungen aus, also als Empiriker, hat er begonnen zu beobachten, bevor er zu einer schlüssigen Theorie kam.

Gesells Ziele waren (und es sollten auch die unserigen sein) Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und Leistungsgerechtigkeit ohne Bevormundung des Individuums. Zu seiner Zeit spielten ökologische Fragen noch nicht die Rolle, die sie heute innehaben. Diese Probleme lassen sich aber mit der freiwirtschaftlichen Analyse leichter erklären und mit ihren Instrumenten besser lösen als mit jenen Maßnahmen die die Politik anwendet.

Die Preisniveaustabilität des Geldes ist nur erreichbar, wenn die Quantitätstheorie des Geldes Gültigkeit hat. Sie kann nur Gültigkeit haben, wenn der Geldbegriff eindeutig ist und die Quantität exakt meßbar ist. (Es gibt da kein Raum für die Theorienschöpfung mit dem Ergeb-

nis der Giralgeldschöpfung der Banken. > Rosenbohm<.) Weiter gehört dazu, daß der kontinuierliche Umlauf des Geldes sichergestellt ist. Die Umlaufsicherung des Geldes (wie sie erreicht wird, ist eine technisch-praktische Frage, die mit einem der vielen Modelle lösbar ist) ist wiederum wichtig für die Vollbeschäftigung, weil das in der Produktion entstehende Einkommen als Nachfrage den Markt räumen muß. (Mit Gesell ist das Saysche Theorem richtig.) Die Leistungsgerechtigkeit stellt sich dann ein, wenn von der Geldseite her eine Vollbeschäftigung nicht unterbrochen werden kann und so der Wettbewerb gestärkt, zunehmend Monopol-Preisdikate abbaut. Und nun kommen wir zu den Punkt, wo die neue Währungspolitik einsetzt. Da der Zins in der Produktion ein Kostenfaktor ist und in der Verteilung das Arbeitseinkommen direkt und indirekt über die Preise mindert, sind Arbeiter und Produzenten an einem niedrigen Zins interessiert. Der Zins wird nicht nur von Schuldner bezahlt, sondern von allen Nachfragern im Markt und die Zinslast beträgt mehr als ein Drittel der Summe ihrer Ausgaben. (Bei der Saldierung von Soll- und Habenzinsen gehören nur 1/10 der Haushalte zu den Gewinnern.) Für die Haushalte mit kleinen und großen Überschüssen an Geld und Forderungen auf Geld ist es aber umgekehrt, sie wollen einen hohen Zins. (Daß auch bei hohen Zinsen 8/10 der Haushalte zu den Verlieren gehören, wird ihnen nicht vermittelt.) Und wenn der Zins (Urzins¹, Inflationsausgleich und Risikoprämie) in der Vollbeschäftigung in den Keller geht, dann tritt die Hortung oder die Flucht in die Spekulation ein. Die Folge: Zusammenbruch der Konjunktur, die Entkoppelung der realen Gütersphäre und der Geldsphäre.² Eine Niedrigzinspolitik der Zentralbank unter heutigen Umständen ist also zwiespältig: Sie – die Niedrigzinspolitik - fördert zwar die (Real-)Investoren, aber die (Geld-)Investoren, die man früher Finanziers nannte. Die Folgen sind bekannt.

Die Frage ist nun, wie der im Zins liegende Widerspruch, der wie eine ökonomisch unsinnige und sozial unerträgliche Sperre wirkt, aufgehoben werden kann. Die Folgefrage ist dann: Wie müssen Währungsverfassungen für Wirtschaftsräume wie z. B. die der EU und der USA und gesondert für die Weltwirtschaft aussehen?³ Das Thema Negative Leitzinsen (der Zentralbanken) ist ja nur aufgekommen, weil in den Währungsverfassungen der Gesellschaften zerstörende Mängel vorhanden sind. Wenn nun Rechenmodelle die Forderung ergeben, daß der

-
- 1 Der Urzins ist der Preis den das Geld für seine institutionell verursachte Überlegenheit gegenüber den Waren fordern kann. „Hätten wir eine unveränderliche Währung gehabt, so wäre der Zinsfuß seit 2000 Jahren unverändert auf 3 – 4 % stehen geblieben.“ Silvio Gesell, Gesammelte Werke, Bd. 6, Seite 266 /CD-ROM
 - 2 Es ist häufig zu hören, daß der Geldumsatz in der Finanzwirtschaft x-mal größer sei als in der Realwirtschaft. Ich denke aber, daß die Umsätze in der (soliden und spekulativen) Finanzwirtschaft mit Forderungen auf Geld (Giralgeld) und nicht mit (Bar-)Geld getätigt werden. Da heute mit einer hohen Geschwindigkeit abstrakte Werte gekauft, verkauft und mit Forderungen auf Geld verrechnet werden können, sagen diese Umsätze wenig aus über die Vorgänge in der Realwirtschaft.
 - 3 Siehe zum Thema Weltwährung die Auszüge im Anhang.

Leitzinssatz der Zentralbank negativ sein müßte, um die Konjunktur zum Laufen zu bringen, so muß das zwar mit Verwunderung, aber mit der nötigen Gelassenheit ausgesprochen werden können. Da ein negativer Leitzinssatz tatsächlich eine Unmöglichkeit darstellt, weil er dem Währungssystem neue Fehler hinzufügen würde (die Bestimmung der Geldmenge würde – wenigstens partiell - von der Zentralbank auf die Banken verlagert und die Banken würden durch den negativen Leitzins bereichert / subventioniert), muß gefragt werden wo denn der Fehler im Geldwesen tatsächlich liegt. In der Suche nach dem Fehler im System muß sowohl die Zentral- oder Notenbank, das Geld selber aber auch die Statistikämter, die in den Verdacht gekommen sind, den mit „Warenkörbe“ ermittelten Index zu manipulieren, untersucht werden. Da das Geld ein Verkehrsmittel ist, haben die Zentralbanken die Funktion eines Straßenbahndepots, daß für den reibungslosen und mengenmäßig richtigen Einsatz des Verkehrsmittel *Geld* zu sorgen hat. Die Zentralbank ist also keine Bank. Dies sollte auch in den Namen zum Ausdruck kommen. Da die Funktionäre des Gelddepots nicht demokratisch eingesetzt und überwacht werden, steht ihnen auch keine gestaltende Politik zu. Das bedeutet, daß die Funktionäre des Gelddepots nach einem eindeutigen Regelwerk handeln müssen. Um ein eindeutiges Regelwerk erstellen zu können, muß man wissen, was Geld ist und wie es wirkt. Dann muß festgestellt werden, welche Instrumente die Gelddepot-Mitarbeiter benötigen, um genau nach dem Regelwerk arbeiten zu können. Aus meiner Sicht müssen Eingriffe in den Devisenmarkt untersagt werden, die Mindestreserve als Instrument der Geldmengensteuerung ist verzichtbar. Der Wechselrediskont und die Pensionsgeschäfte in der Offenmarktpolitik und somit der Leitzins sollten aufgegeben werden, weil sie suggerieren, daß die Existenz des Zinses dadurch entsteht, daß die Zentralbanken das Geld zinsbelastet in den Verkehr geben. Es bleiben aber Möglichkeiten der Geldmengenregulierung übrig. Die Forderung die Geldschöpfung an die reale Wertschöpfung zu koppeln, scheint mir – da neues Geld nicht neuen Gütern zugeordnet werden kann – nur indirekt möglich zu sein, indem die Geldhüter sich an einem korrekten Index orientieren.

Der wesentliche Ansatz für eine störungsfreie Ökonomie hat bei der Gestaltung des Geldes anzusetzen. Für die Preisniveaustabilität und die Dauerkonjunktur ist es wichtig, daß das Geld ständig und gleichmäßig umläuft. a) um die richtige Geldmenge bestimmen zu können und b) damit die Märkte geräumt werden. Dem Geld muß also die Überlegenheit über die Ware genommen werden. Diese scheinbar nebensächliche Maßnahme – für die es verschiedene Techniken gibt – bewirkt, daß sich das Geld auch noch dann anbietet, wenn der Zins gegen

Null oder gar ins Negative tendiert. Durch eine solche Maßnahme wird eine Dauerkonjunktur ermöglicht und in Folge kann der Zins über seine bisherige Sperrgrenze sinken. Der Zins verliert dadurch seine Funktion als Ausbeutungsrate und behält seine Funktion als Preis für die Überlassung von Liquidität. Die Interessen der Gläubiger und Schuldner kommen ins Gleichgewicht. Der nun mögliche niedrige oder auch negative Zins nimmt der Ökonomie auch den Wachstumsdruck, der heute notwendig ist, um die Spannung in der Gesellschaft zu mildern, die durch den Zins als Pumpe von Arm nach Reich verursacht wird. Auch individuell wird die scheinbare Gier nach mehr Wohlstand abgebaut, weil in einer solchen Situation der Lebensstandard gehalten werden kann, ohne daß man die sich ständig steigende Zinslast durch mehr Einkommen kompensieren muß.

Das Thema „Negativer Leitzinsen“ in die Öffentlichkeit transportiert zu haben ist eine Pioniertat, die die richtigen Fragestellungen ermöglicht. Der negative Leitzins selbst wäre möglich, ist aber nicht wünschenswert, weil er neue Probleme schafft. Der Reformansatz direkt beim Geld ist zukunftsfruchtig und ermöglicht auch bei bestimmten Marktlagen einen negativen Zins. Den negativen Zins könnte man dann als Lohn für den Schuldner bezeichnen, weil dieser auf einem mit Risiko belasteten Weg dem Gläubiger seine Ansprüche an den Markt der Gegenwart in Ansprüche an den Markt in der Zukunft – zum vereinbarten Zeitpunkt – transportiert.

Ich hoffe darauf, daß nicht nur vereinzelt Redaktionen den Mut haben, zu dem hier abgehandelten Thema Beiträge zu veröffentlichen, sondern mehr oder weniger alle, und daß dieses Thema bei der Jagt nach ständig neuem Stoff nicht unfertig unter gegraben wird.

Auf eins möchte ich noch eingehen: Hans Christian Müller schildert eine Methode der Umlaufsicherung des Geldes indem er auf die Gefahr der Hortung bei negativem Zins eingeht und schreibt:

„... Doch dieses Problem, so sind Buiter und Mankiw überzeugt, lasse sich lösen: Der Staat müsse nur den Besitz von Münzen und Scheinen so unattraktiv machen, dass die Menschen ihr Geld dennoch der Bank anvertrauen. Die Regierung könne beispielsweise einmal pro Jahr jeden zehnten Geldschein für ungültig erklären, schlägt etwa Mankiw vor. Mit einem Zufallsgenerator könnte eine Zahl zwischen 0 und 9 ausgelost werden, und jede Banknote, deren Seriennummer mit dieser Ziffer endet, wäre danach wertlos.

„Dieser Schritt würde es der Zentralbank ermöglichen, die Leitzinsen unter null zu senken“, so der Harvard-Professor. Wer dann noch Bargeld hortet, müsste befürchten, auf einen Schlag ein Zehntel seines Vermögens zu verlieren – und damit deutlich mehr, als wenn er sein Geld bei der Bank angelegt hätte.

Mankiws Vorschlag hat einen großen Haken: Jedes Verfassungsgericht der Welt würde wohl ein so willkürliches Vorgehen verbieten.“ ...

Der Hinweis auf das Verfassungsgericht ist zu schnell gedacht und hingeschrieben. Wir wissen, daß Verkehrsmittel, die gratis angeboten werden und bei dem die Kosten der Allgemeinheit aufgebürdet werden in kurzer Zeit ein Verkehrssystem mit großen Mängel wäre. Es wird sich kein Verfassungsgericht finden, das die Erhebung eines Kostenbeitrages zur Unterhaltung des Verkehrsmittel verbieten würde. Für das Verkehrsmittel Geld, für das eine Nutzungsgebühr erhoben wird, um gemeinschaftsschädliche und individuell schädliche Folgen zu vermeiden, wird das gleiche gelten. TA

Anhang 1: Silvio Gesell zur Weltwährung

Auszug aus:

Der Weltwährungsgedanke

Eine historisch-kritische Untersuchung

Von

Dr. Wilhelm Trimborn

DiplomsKaufmann

Jena

Verlag von Gustav Fischer

1931

Den bisher aus der Nachkriegszeit zur Darstellung gebrachten Entwürfen für eine internationale Hilfswährung schließt sich eine ganze Reihe inhaltlich gleicher an; wir können uns jedoch hier mit der Charakterisierung der Hauptvertreter begnügen. Gemeinsam ist allen diesen Entwürfen, daß sie von der theoretischen Grundlage, auf der die modernen Währungen aufgebaut sind und an die sich auch einige in der gleichen Richtung gehende Vorschläge aus der Zeit vor dem Kriege (Van Geetruye, Wolf) hielten, nicht wesentlich abweichen. Ganz anders die 1920 veröffentlichten Ausführungen des Währungstheoretikers Silvio Gesell, denen wir uns nunmehr zuwenden.

Die Forderung Gesells nach einer internationalen Valuta (Iva) ist nur im Zusammenhang mit der von ihm vertretenen dynamischen oder absoluten Währungstheorie zu verstehen¹⁾. Gesell ist der Auffassung, daß die Bindung der Währung an die Zufälligkeiten des Gold-

wertes ihren Aufgaben nicht gerecht werde. Aufgabe der Währung sei die Herstellung eines dauernd festen Durchschnittspreisniveaus. Die bisherige automatische Regelung müsse daher durch eine „aktive Währungspolitik“ ersetzt werden, der als Richtschnur ein Preisindex zu dienen habe. Als Träger der Geldverwaltung fungiert an Stelle der Zentralnotenbank ein staatliches Währungsamt, das keinerlei Kreditgeschäft betreibt, sondern lediglich die Aufgabe hat, durch An- bzw. Verkauf von Staatsanleihen den Geldumlauf zu regulieren, wobei als Maßstab für den Geldbedarf der vom statistischen Amte fortlaufend ermittelte Durchschnittspreis der Waaren zu benutzen ist. ...

... Zur Lösung des Problems will Gesell die „Internationale Valuta-Assoziation“ gründen. Die dieser Assoziation angeschlossenen Staaten führen als Währungseinheit die „Iva“ ein, eine Größe, deren Ermittlung von Gesell nicht näher angegeben wird. Sie verpflichten sich, Währungspolitik nach den Grundsätzen der absoluten Währung zu betreiben. „Die . . . statistischen Arbeiten werden nach einheitlichen Richtlinien geführt und ihr Ergebnis in einem besonderen internationalen statistischen Büro ständig verglichen und nachgeprüft“. Darüber hinaus regt Gesell noch ein „internationales Währungsamt“ an, „wo die Bewegungen der Devisenkurse beobachtet, ihre Ursachen erkundet und den nationalen Geldverwaltungen diejenigen Maßnahmen nahegelegt werden, die als geeignet erscheinen, um die Devisendifferenzen zu beseitigen, wobei es sich immer nur um die Vermehrung oder Verminderung des Geldumlaufes handeln kann“. Um nun aber trotz dieser Einrichtungen noch auftauchende Devisenkursschwankungen automatisch unmöglich zu machen, „wird eine besondere internationale Valutanote geschaffen, für die alle Iva-Staaten solidarisch haften, die unbehindert ein- und ausgeführt werden kann und gesetzliche Zahlkraft pari mit dem nationalen Gelde haben soll“. Die Iva-Noten werden in einer Zentralstelle, z. B. in Bern, hergestellt und den beteiligten Staaten gegen Erstattung der Unkosten, sonst aber kostenlos ausgeliefert. Ihre Menge wird lediglich nach ihrem regulatorischen Zweck bemessen; Gesell hält 20% des nationalen Notenumlaufs für genügend. Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, das nationale Geld stets pari mit der Iva-Note zu halten. „Die Iva-Verwaltung erhält für die gelieferten Valutanoten Wechsel ausgestellt, die dann fällig werden, wenn durch fehlerhafte nationale Währungspolitik . . . die Valutanoten gänzlich über die Grenze vertrieben werden und für dieselben ein Agio auftritt. Von diesem Tage an wird auch für die fälligen Wechsel ein Zins berechnet.“ „Die Valutanote wird zweckmäßig in der Stückelung hergestellt, die besonders für den Kleinverkehr in Frage kommt, so daß jeder Mangel oder Überfluß sich sofort fühlbar macht, wodurch die nationale Währungspolitik der öffentlichen Kontrolle unterstellt wird.“ (Seite 78 ff. ohne Quellenangaben)

Der Vorschlag Silvio Gesells ist auch der einzige, der übrig bleibt, wenn wir uns nun abschließend fragen, welche von den modernen Weltwährungsprojekten denn überhaupt das Doppelproblem der Weltwährung in Angriff nehmen, also sowohl Währungsvereinheit-

lichung wie Währungsgemeinschaft fordern. Unglücklicherweise aber ist dieser Vorschlag auf einer Theorie aufgebaut, die als die Aufgabe der Währung die Aufrechterhaltung eines konstanten Preisniveaus bezeichnet. Diese Theorie würde die Möglichkeit einer statischen Wirtschaft voraussetzen, die wir für die Praxis natürlich verneinen müssen. Festzuhalten ist jedoch die, wie wir noch sehen werden, richtige Erkenntnis Gesells, daß eine Weltwährung eine Zentralinstanz für das Währungswesen mit einer gewissen Oberherrschaft über die nationalen Währungen erfordert. (Seite 108)

Anmerkung von TA: Es ist eine irrige Annahme des Verfassers Trimborn, daß ein konstantes Preisniveau eine statische Wirtschaft angewiesen ist. Richtig ist aber, daß mit Gesells Vorschlägen eine Vollbeschäftigung bei Null Wachstum möglich ist.

Anhang 2:

www.handelsblatt.com/politik/nachrichten/es-werde-geld-es-werde-krise;2386105

Handelsblatt

24.06.2009

Essay

Es werde Geld – es werde Krise

von *Norbert Häring*

Die Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte gehen an einen fundamentalen Problem vorbei: Banken schaffen mit einem simplen Trick seit Jahrhunderten scheinbaren Reichtum, der sich immer wieder in Luft auflöst. Seit 1970 hat diese Praxis den Ländern der Welt 124 systemische Banken Krisen beschert. ...

oooooooooooo

28.06.2009

Leserzuschrift zu:

Es werde Geld – es werde Krise

von Norbert Häring

Härings Beitrag liest sich gut. Nur erzählt er ein Märchen, daß in den Hochschulen, Berufsschulen und Medien als wissenschaftliche Erkenntnis vermittelt wird. Wenn sein Beitrag ein Essay wäre, müßte er die LeserInnen auf diese Problematik hinweisen.

Geld sind Ansprüche auf reale Güter und Dienstleistungen im Markt. Wenn die Banken Geld schöpfen könnten und auch täten, müßten die Staatsanwälte genauso einschreiten wie bei den Fälschern von Banknoten.

Der Irrtum von der Schöpfungsfähigkeit der Banken ist durch mißdeutete Beobachtung entstanden, daß man mit mit Ansprüchen auf Bargeld (die fälschlicherweise als Buch- oder Giralgeld bezeichnet werden) auch bezahlen kann. Guthaben und eingeräumte Überziehungskredite auf den Girokonten sind aber kein Geld und können von den Banken auch nicht aus dem Nichts geschöpft werden.

Verfügungen über Bestände auf dem Girokonto mit Scheck, Überweisung oder Scheckkarte verkürzen den Weg des Bargeldes. Sie sind in der Verkehrsgleichung zu dem U (Umlaufgeschwindigkeit / besser Ausnutzungsgrad des Geldes) zu rechnen. In einer Situation, in der alle Welt über die Finanzmärkte nachdenkt und diese reformieren will, sollte ein solcher nicht unwesentlicher Aspekt unserer Ökonomie geklärt werden / sein.

Literatur: Das Buchgeld / Ein Beitrag zur theoretischen Klärung, Karl Walker, 1951
Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung
Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie, Dr. Martin Scheytt, 1962

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de